

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (Teil 1)

Sitzungstermin: Donnerstag, 25.01.2007
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:42 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II
Den Vorsitz führte: Johann Südhoff

Anwesend:

SPD-Fraktion

Bornemann, Bernd
Gosciniak, Heinz
Pohlmann, Marianne
Slieter, Ihno
Südhoff, Johann
Wessels, Johann

CDU-Fraktion

Odinga, Hinrich
Schönsee, Carmen

FDP-Fraktion

Eilers, Hillgriet
Fooken, Ralf

für Beigeordneten Erich Bolinius

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stolz, Wulf-Dieter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Koziolk, Stephan-Gerhard

Beratende Mitglieder

de Boer, Jannes

(bis 18:50 Uhr)

Heidkamp, Friedrich

Janssen, Johann

Lüppen, Richard

(bis 19:25 Uhr)

Mejia Yepes, Gustavo

Südhoff, Hans-Reiner

für Herrn Martin Rangnow (bis 19:25Uhr)

Verwaltungsvorstand

Docter, Andreas Stadtbaurat

Lutz, Martin Erster Stadtrat

zu TOP 7 und 8

von der Verwaltung

Kinzel, Rainer

Fortmann, Ulrich

Stomberg, Beate

zu TOP 7 und 8

Protokollführung

Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (Teil 1)

Gäste

Bongartz, Helmut

Slangen, Leon

van Zweeden, Jan P.

Degenhardt-Drenth, Frau

CDU-Fraktion

Provinz Groningen

Provinz Groningen

Provinz Groningen

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Südhoff eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Pflichtenbelehrung eines beratenden Mitgliedes gem. § 28 NGO

Herr Südhoff nimmt die Pflichtenbelehrung des beratenden Mitglieds Friedrich Heidkamp gemäß § 28 NGO vor.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Südhoff bittet darum, die umfangreiche Tagesordnung zunächst soweit abzuarbeiten, wie es zeitlich möglich sei. Die nicht behandelten Tagesordnungspunkte würden dann in der Fortsetzung der Sitzung am 05.02.2007 behandelt.

Weiterhin bittet er darum, die Tagesordnung um die Tischvorlage 15/0171 zu erweitern und diese vor dem Punkt 9 „Erschließungsbeiträge in der Uferstraße“ zu behandeln.

Herr Odinga moniert, dass die geänderte Tagesordnung nicht im Internet veröffentlicht worden sei. Weiter beantragt er, die Punkte 13 und 14 vorzuziehen, damit den Gästen ein früheres Gehen ermöglicht werden könne. Die Punkte 11 und 17 sollten s. E. in einem zusammengefasst werden, da sie thematisch zusammengehören würden.

Anmerkung der Protokollführung

Auf Beschluss des Rates vom 05.10.2006 wird weiterhin die Verteilung der Sitzungsunterlagen in Schriftform vorgenommen. Maßgebend ist soweit die schriftliche Tagesordnung.

Frau Eilers erinnert daran, eigentlich sollte diese Sitzung dazu dienen, den Haushaltsentwurf zu diskutieren. Sie ist der Meinung, dass heute alle die Vorlagen behandelt werden sollten, die entschieden werden müssten. Außerdem regt sie an, ein zeitliches Limit für die Sitzung zu setzen.

Herr Docter erklärt, die Punkte 13 und 14 könnten nicht vorgezogen werden, da dazu noch eine Delegation der Gemeinde Jemgum gegen 17.45 Uhr erwartet werde.

Beschluss: Gegen die geänderte Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (Teil 1)

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift Nr. 1 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt und des Ausschusses für Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 07.12.2006

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 1 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt und des Ausschusses für Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 07.12.2006 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Genehmigung der Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 07.12.2006

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 07.12.2006 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 7 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2007
Vorlage: 15/0073

Die Tagesordnungspunkte 7 und 8 werden gemeinsam beraten.

Herr Lutz vergleicht den Haushalt der Stadt Emden mit einem Bumerang und zitiert ein Gedicht von Joachim Ringelnatz. In guten Jahren käme der Bumerang zurück und man könnte dann bestimmen, was mit dem Geld getan werde. Eine ähnliche Planung habe die Verwaltung dem Rat vorgelegt, welches für die Jahre 2008 und 2009 ein ausgeglichenes Ergebnis versprechen würde. Momentan sei der Bumerang ein gutes Stück weit weg, da ein Defizit vorhanden sei. Er appelliert, nicht daran herumzufeilen, damit er auch wieder zurückkäme und man somit zu einem ausgeglichenen Ergebnis käme.

Herr Kinzel führt aus, das Budget des Fachbereichs 300 werde in zwei Ausschüssen behandelt. Heute gehe es um die Fachdienste Bauaufsicht, Stadtplanung und Umwelt. Das Fachbereichsbudget sei eine Fortschreibung aus dem Jahre 2006 und es habe keine wesentlichen Änderungen gegeben bis auf eine Pachtzahlung, die nicht mehr geleistet werde, da diese Firma nicht mehr in Emden tätig sei. Auch sei mit 38 Stellen eine Stelle weniger als 2006 veranschlagt worden, sodass der Trend der Verschlankung der Verwaltung fortgesetzt werde.

Frau Eilers kann der Argumentation von Herrn Lutz sehr gut folgen. Darum habe die FDP-Fraktion ihre Vorschläge auch sehr behutsam gewählt. Sie schlägt eine gestalterische Maßnahme im Bereich des Stadtgartens und Katergangs vor, die die FDP planerisch vorantreiben und dafür einen Betrag von 10.000 € einstellen wolle. Der zweite Punkt betrifft ebenfalls eine gestalterische Maßnahme und die Frage, wie eine optimale Verbindung zwischen dem Park-

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (Teil 1)

haus bzw. dem Bahnhof und der Kunsthalle bzw. der Innenstadt geschaffen werden könnte. Auch wolle die FDP-Fraktion eine sehr konkrete Anregung geben, die Fassade des Bunkers am Bahnhof neu zu gestalten, um sie für ein Stadtmarketing nutzen zu können. Es könne ein Wettbewerb aufgerufen werden, der das Ziel habe, dort einen Blickfang zu schaffen, der auf attraktive Angebote der Stadt Emden hinweise. Für diesen Wettbewerb sollten 2.000 € veranschlagt werden.

Weiter habe die FDP-Fraktion festgestellt, dass die Arbeiten im Rahmen des Wallkonzeptes förderungswürdig seien. Die Stadt habe jedoch augenblicklich keine Mittel, dieses durchzuführen. Daher schlage sie vor, auch im Rahmen des Wettbewerbs einen Anfang zu finden und das Portal ausgehend vom Bahnhof in die Innenstadt offener zu gestalten und den Bereich um den Wasserturm zunächst zu entbuschen und eine Fläche zu schaffen für eine Sichtachse in Richtung Kunsthalle bzw. Innenstadt.

Herr Odinga erklärt, in den verschiedenen Sitzungen der vergangenen Tage hätten sich die Fraktionen geeinigt, nicht alle Forderungen aufzuführen, sondern diese in der Finanzausschuss-Sitzung durchzusprechen. Da alle Fraktionen von verschiedenen Voraussetzungen ausgingen, müsse man sich untereinander einigen, um dann gemeinsam den Haushalt zu besprechen.

Herr Bornemann trägt vor, seine Fraktion schließe sich im Prinzip der Meinung von Herrn Odinga an. Dieses umfassende Thema müsse an anderer Stelle im Rahmen des Haushalts ausführlich diskutiert werden. Die SPD-Fraktion wolle die Gespräche mit den anderen Fraktionen suchen und dann erst in eine echte Diskussion eintreten.

Herr Fooken richtet die Frage an Herrn Lutz, ob er sich tatsächlich hinsichtlich der Genehmigung des Haushalts an das Innenministerium wenden würde, falls der Vorschlag der SPD-Fraktion auf Erhöhung der Gewerbesteuer angenommen werde.

Weiter bemerkt er, die FDP-Fraktion habe sich im Rahmen der Haushaltsgespräche mit der Umsetzung der „Grünen Welle“ beschäftigt und sei sich jedoch nicht sicher, in welchem Ausschuss dieses behandelt werden müsse. Von daher stelle er den Antrag, im Rahmen des Haushalts einen Ansatz einzukalkulieren, der die Umsetzung einer „Grünen Welle“ innerhalb der Stadt berücksichtige.

Herr Bongartz schlägt vor, ähnlich wie in den vergangenen Jahren zu verfahren. Zu der Aussage von Frau Eilers hinsichtlich des Bunkers erinnert er an die damalige Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes. Das Konzept beinhaltete auch den Bunker, der jedoch noch wie vorher aussehen würde. Er bitte darum, in einer der nächsten Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses vorzutragen, was seinerzeit geplant gewesen sei, um diese Pläne nunmehr zu Ende führen zu können.

Frau Eilers stimmt Herrn Bornemann bezüglich der Haushaltsberatungen der Fraktionen zu.

Herr Lutz weist darauf hin, dass durch erhöhte Steuereinnahmen keine Mehrausgaben möglich seien, da die Kommunalaufsicht vorschreibe, diese Einnahmen zunächst für die Abdeckung des Fehlbedarfs sowie zur Vermeidung von Krediten zu verwenden.

Herr Docter stellt fest, dass die Verwaltung aus den in der Presse veröffentlichten Mitteilungen der einzelnen Fraktionen kein Arbeitsprogramm erstellen werde, sondern abwarte, bis es beschlossen sei. Er sei erfreut darüber, dass alle zusammen an der gestalterischen Verbesserung der Innenstadt arbeiten wollen, wobei jedoch die Außenbereiche nicht vergessen werden dürfen.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (Teil 1)

Die angesprochenen Punkte seien in erster Linie Umsetzungsgelder, die benötigt würden und im BEE Werksausschuss zu behandeln seien. Dort würden die Gelder für Grünflächen und auch für den Wall verwaltet.

Herr Docter sagt zu, im ersten Quartal 2007 bei einer nicht so umfangreichen Tagesordnung eine grundsätzliche Vorstellung zum Thema Stadtgarten, Katergang und Bereich Rathausplatz im Stadtentwicklungsausschuss vorzunehmen. Seines Erachtens werde dazu kein Wettbewerb benötigt.

Hinsichtlich des Bunkers verhandle die Verwaltung seit 1,5 Jahren mit der Bundesimmobilienverwaltung. Zurzeit würde sich der Bunker jedoch noch im Zivilschutz befinden. Von daher könne im Moment nicht viel getan werden.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage T15/0073 als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2007.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

TOP 8 Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2010
Vorlage: 15/0074

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Festsetzung des im Budgetbuch 2007 enthaltenen Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2010.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

TOP 8 a Bebauungsplan D 47 A 2. Änderung (Stadtteil Barenburg, Auricher Straße)
- Aufstellungsbeschluss (Stadium I)
Vorlage: 15/0171

Herrn Docter erläutert zunächst anhand einer Folie die Vorlage.

Herr Bornemann erklärt, wenn dieses die einzige Möglichkeit sei, dort etwas Zeit für weitere Planungen zu gewinnen, würde die SPD-Fraktion dieser Vorlage zustimmen.

Herr Odinga erinnert daran, dass bereits vor einiger Zeit über eine Verlegung eines Discountmarktes in Barenburg diskutiert worden sei.

Frau Eilers begrüßt grundsätzlich die Ansiedlung, hält jedoch einen Zeitraum von einem Jahr für zu langfristig.

Herr Docter entgegnet, es gehe hierbei um eine Verlagerung eines vorhandenen Discountmarktes. Außerdem handele es sich um einen nicht großflächigen Markt, der nach dem vorhandenen Bebauungsplan aus dem Jahre 1973 zulässig sei.

Weiter erklärt er, das Verfahren werde benötigt, da konkrete Bauvoranfragen vorliegen würden. Es bestehe nur die Möglichkeit, über § 15 Baugesetzbuch das Verfahren zurückzustellen und ein Bauleitplanverfahren aufzustellen. Er stehe diesem Vorhaben durchaus positiv gegenüber,

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (Teil 1)

da sich dadurch auch die Situation ändern könne. Abschließend bemerkt er, dass die Kaserne von diesem Vorhaben nicht betroffen sei.

Herr Bornemann schlägt vor, in diesem Zusammenhang auch die Adalbert-Stifter-Straße auszubauen.

Beschluss: Der Bebauungsplan wird aufgestellt. Das Verfahren zur 2. Änderung des Bauleitplanes D 47 A wird durchgeführt. Der Geltungsbereich wird, wie in der Begründung aufgeführt, beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 9 Erschließungsbeiträge in der "Uferstraße" - Bildung eines abrechnungsfähigen Abschnittes
Vorlage: 15/0127

Beschluss: Die Teilstrecke der „Uferstraße“ von der Querstraße K 39 „Wolthuser Straße“ bis zur ersten Straßenkante der Einmündung „Hinne-Rhode-Straße“ (siehe anliegendem Lageplan zur Vorlage-Nr. 15/0127) bildet einen Abschnitt gemäß § 130 II S.1 2. Alt., S.2 1. Alt. BauGB.

Ergebnis: einstimmig

TOP 10 Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP)
Beteiligungsverfahren zum Entwurf einer Änderung und Ergänzung
Stellungnahme der Stadt Emden
Vorlage: 15/0105

Herr Docter erläutert zunächst die Vorlage. Anschließend erörtert **Herr Fortmann** ausführlich die Inhalte der Stellungnahme.

Herr Odinga erklärt, grundsätzlich würde er der Stellungnahme zustimmen. Es störe ihn jedoch der Punkt 3.1.2 auf Seite 4 „Natur und Landschaft“. Er verweist hier auf die Einrichtung der Spülflächen am Rysumer Nacken, die nur anfangs genutzt worden seien und auf der nunmehr Bäume und Sträucher wachsen würden.

Herr Bornemann trägt vor, alle Punkte dieser Stellungnahme würden die Zustimmung der SPD-Fraktion finden. Auch müsse s. E. der Punkt 3.1.2 „Natur und Landschaft“ bestehen bleiben, da dadurch die Stadt Emden die Freiheit habe, gleichwertig zu entscheiden.

Herr Bongartz fragt an, ob der Strom, der durch das zu erstellende regenerative Großkraftwerk am Rysumer Nacken erzeugt werde, letztendlich über Erdkabel oder durch Freileitungen in das Netz gebracht werde. Es müsse s. E. dafür Sorge getragen werden, dass die Landschaft neben den Windmühlen nicht noch mehr beeinträchtigt werde.

Herr Stolz bemerkt, er halte die Stellungnahme für eine gut nachvollziehbare Darstellung. Jedoch bedauere er, dass in der Abwägung von ökonomischen und ökologischen Interessen die Ökologie immer zu kurz käme. Er halte dieses angesichts der jüngsten Entwicklungen nicht für zeitgemäß.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (Teil 1)

Herr Docter führt aus, bezüglich des landwirtschaftlichen Vorrangs habe es zur Folge gehabt, dass die Stadt Emden zu einem Zeitpunkt, wo es noch keine Planungen für den Südbahnhof und für die Kaserne gegeben habe, dieses als landwirtschaftliche Fläche dargestellt werden sollte. Es mache keinen Sinn mit einem Vorrang zu arbeiten, da die Kommunen vor Ort besser wüssten, was zweckmäßig sei.

Er weist darauf hin, dass die erarbeitete Stellungnahme im Wesentlichen auch mit dem Nds. Städtetag abgestimmt worden sei. Dort sei die Stadt vom Landwirtschaftsministerium darauf hingewiesen worden, dass es auf jeden Fall noch eine Änderung des Themas Stromabführung aufgrund vieler Proteste im Entwurf gäbe. Auch das Landwirtschaftsministerium bevorzugt Erdkabel vor Freileitungen. Die Kritik der Stadt Emden habe sich in der Vergangenheit dahin gerichtet, dass es nicht genügend Kapazitäten gegeben habe. Es mache Sinn, die jetzigen Kapazitäten im Landesraumordnungsprogramm hineinzubringen, da dieses auch einen umfangreichen Umweltbericht enthalte. Alle Planfeststellungsverfahren seien am Ende immer ergebnisoffen, es sei nur wichtig, dass sie vorhanden seien und man sich mit ihnen auseinander setzen könne.

Beschluss: Der von der Verwaltung vorgeschlagenen Stellungnahme wird zugestimmt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 13 Bekanntmachung des Umweltverträglichkeitsberichtes und der Genehmigungsanträge zur Errichtung eines Flüssigerdgasterminals (LNG) in Eemshaven
- Stellungnahme der Stadt Emden zum Umweltverträglichkeitsbericht und zu den Genehmigungsanträgen
Vorlage: 15/0104

Herr Südhoff begrüßt die Vertretung der Provinz Groningen, Frau Degenhardt-Drenth sowie die Herren Slangen und van Zweeden.

Herr Slangen und **Herr van Zweeden** stellen sich zunächst vor und berichten anschließend anhand einer PowerPoint-Präsentation über die Entwicklungen im Chemie-/Industriepark im Raum Eemshaven – Delfzijl.

Herr Südhoff bedankt sich für die umfangreichen Informationen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Fooken fragt an, ob mit erhöhten Immissionen auf Emder Seite zu rechnen sei, wenn die geplanten Kraftwerke um das Aluminiumwerk herum gebaut würden und dieses Werk sogar noch vergrößert werde.

Herr Slangen erklärt, durch die Kraftwerke werde die Industrie unabhängiger von den steigenden Energiepreisen. Die Produktion würde aber seiner Ansicht nach dadurch nur geringfügig ansteigen.

Herr Fooken erkundigt sich weiter, ob in der gezeigten Grafik dargestellt worden sei, was die neuen Ansiedlungen an Schadstoffen bringen würden.

Herr Slangen bestätigt, dass es sich um den Beitrag der neuen Anlagen handeln würde.

Herr Fooken möchte wissen, wie die Situation der Biomassekraftwerke bezüglich der Geruchsbelästigungen aussehe.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (Teil 1)

Herr Slangen ist diese Situation auch bekannt. Es dürfe jedoch bei Biomassekraftwerken kein Großvorrat angelegt werden. Außerdem werde mit Unterdruck gearbeitet, sodass es zu keinen Geruchsbelästigungen kommen könne.

Herr Bongartz stellt fest, dass in den Niederlanden in kürzester Zeit an der Küste 3.500 Megawatt installiert werden solle und erkundigt sich, ob dieser Strom durch Freileitungen oder Erdkabel wegtransportiert werde.

Herr Slangen entgegnet, ein Teil der 3.500 Megawatt Strom könne schnell abgeführt werden, für einen weiteren Teil bräuchte man ein Netz und für die restliche Hälfte müssten noch Freileitungen ausgearbeitet werden. Aber dieses sei noch nicht abschließend entschieden.

Herr Bongartz stellt die Frage, wie viele Arbeitsplätze mit der Entstehung der neuen Industrieanlagen geschaffen würden.

Herr Slangen antwortet, nach der Fertigstellung der Anlagen würden dort etwa 400 bis 800 Arbeitsplätze entstehen.

Herr Bornemann erklärt, der Grund am Interesse an den Zahlen liege in der Befürchtung, dass die Summe der neuen Projekte zu negativen Auswirkungen in Emden führen könnte. Die vorgestellten Zahlen anhand der Feststellungen und Berechnungen würden weit unter dem Grenzwert liegen. Er fragt an, wie weit die Sicherheit der Berechnung eingeschätzt werde und ob eine prozentuale Abweichung von den erwarteten Grenzwerten möglich sei.

Herr van Zweeden entgegnet, die Berechnungen könnten um 30 % differieren. Selbst bei einer höheren Konzentration bleibe man immer noch unter den Grenzwerten.

Herr Bornemann erkundigt sich nach den Möglichkeiten der Erweiterung der Kraftwerke an den geplanten Standorten. Weiter fragt er an, welche Konsequenzen ein Störfall bei der Verbrennung von Abfallstoffen haben könnte.

Herr Slangen antwortet, alle drei Unternehmen hätten sich für Eemshaven entschieden, da sie dort ein großes Grundstück bekommen könnten. Somit hätten sie ausreichend Raum, um auf die Zukunft vorbereitet zu sein.

Wenn bei einem Störfall tatsächlich dort etwas freikommen sollte, handele es nur um kleine Werte. Allerdings müsse die Provinz Groningen noch prüfen, ob nicht eine schärfere Kontrolle notwendig sei.

Frau Eilers erkundigt sich, ob sich die Provinz Groningen auch Felder vorstellen könne, auf denen beiderseits der Grenze zusammengearbeitet werden könnte.

Herr Slangen stellt heraus, dass die Zusammenarbeit mit den Betrieben und den anderen Behörden sehr offen und transparent sei.

Herr Docter ergänzt, es gäbe eine ganz konkrete Zusammenarbeit in einem EU-Projekt zur Luftgüte an der Unterems sowie bei der deutsch-niederländischen Grenzgewässerkommission. Auch die deutsch-niederländische Raumordnungskommission arbeite eng besonders in Fragen von Neuansiedlungen zusammen. Dort sei die Provinz Groningen ebenfalls vertreten. Doch geschehe dieser Informationsaustausch auf einer Arbeitsebene, die nicht nach draußen getragen werde.

Niederschrift Nr. 3 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (Teil 1)

Herr Odinga fragt an, warum ein Kohlekraftwerk gebaut werde, wo dieses den höchsten CO₂-Ausstoß habe.

Herr Slangen führt aus, in Holland seien die Strompreise derzeit sehr hoch. Diese Ursache liege darin, dass die Möglichkeiten, Strom über die Grenze zu bekommen oder wegzubringen, nicht sehr groß seien. Auch sei es von Vorteil, mehr Stromkapazität zu haben, um einen besseren Preisausgleich machen zu können. Zurzeit werde in Holland 60 Prozent des Energiebedarfs durch Erdgas gedeckt. Jedoch werde diese Quelle irgendwann erschöpft sein. Aus diesem Grunde sei es notwendig, aus anderen Rohstoffen Strom herzustellen.

Herr Docter ergänzt, Kohle käme aus den politisch sichersten Ländern der Welt. Auch in Deutschland seien Kohlekraftwerke nicht gesetzlich verboten. Insgesamt sei ein Trend zu Kohlekraftwerken festzustellen.

Herr Südhoff bedankt sich bei den Vertretern der Provinz Groningen für ihren umfassenden Vortrag.

Beschluss: Die der Vorlage 15/0104 als Anlage beigefügte Stellungnahme der Stadt Emden wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 14 Bekanntmachung des Umweltverträglichkeitsberichtes und der Genehmigungsanträge zur Errichtung des NUON Kraftwerkes in Eemshaven
- Stellungnahme der Stadt Emden zum Umweltverträglichkeitsbericht und zu den Genehmigungsanträgen
Vorlage: 15/0116

Beschluss: Die der Vorlage 15/0116 als Anlage beigefügte Stellungnahme der Stadt Emden wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung. Sie wird am 05.02.2007 mit den noch nicht behandelten Tagesordnungspunkten fortgeführt.